

Niederschrift

Kreistag
vom 13.07.2026

Sitzungsort: Kreishaus in Steinfurt - Großer
Sitzungssaal - Raum C177

6. Sitzung in der 18. Wahlperiode

Anwesende Mitglieder:

Kreistagsmitglieder

Herr Herbert Albers	CDU
Herr Dominik Arens	CDU
Herr Michael Aßmann	GRÜNE
Herr Mirko Bamming	GRÜNE
Frau Larissa Bauland	LINKE
Frau Christine Bendschneider	AfD
Frau Simone Berkmann	CDU
Frau Sarah Böhme	SPD
Herr Dr. André Böing	CDU
Herr Christoph Börgel	CDU
Herr Christoph Borgert	CDU
Herr August Böwer	CDU
Herr Kai Brehe	GRÜNE
Herr Gerrit Bresch	LINKE
Herr Reinhard Brüning	CDU
Herr Rudolf Diekmann	CDU
Frau Sandra Dömer	GRÜNE
Frau Barbara Drees-Löpmeier	SPD
Herr Andreas Effing	CDU
Herr Christian Erfling	CDU
Herr Robert Everwand	CDU
Frau Ruth Gehring	SPD
Herr Markus Gerweler	SPD
Frau Laura Grasler	AfD
Frau Gundula Grommé	SPD
Herr Günther Gromotka	CDU
Herr Wilfried Grunendahl	CDU
Herr Dr. Ekkehard Grützner	FDP
Herr Michael Hardebusch	SPD
Frau Anneli Hegerfeld-Reckert	SPD
Herr Matthias Himmelreich	SPD
Herr Guido Höppener	SPD
Frau Petra Huwer	CDU
Herr Oliver Janke	SPD
Herr Frank Kaldemeyer	CDU
Frau Wiltrud Kampling	GRÜNE

Herr Stefan Kipp	CDU
Herr Karl Kösters	CDU
Herr Ingo Krabbe	CDU
Herr Josua Kümper	LINKE
Herr Kai Kunz	FDP
Frau Sarah Lahrkamp	SPD
Herr Lars Lammering	CDU
Frau Gisela Lang	UWG
Herr Jost Laumann	CDU
Herr Peter Middendorf	SPD
Herr Rewi Namon	AfD
Herr Andreas Neumann	GRÜNE
Frau Helga Niedoba	CDU
Herr Martin Ostermann	fraktionslos
Frau Nicole Peters	GRÜNE
Herr Michael Pröbsting	AfD
Frau Annegret Raffel	CDU
Frau Wiebke Reerink	FDP
Herr Dieter Schneider	AfD
Frau Elke Schuchtmann-Fehmer	GRÜNE
Herr Ralf Siemering	SPD
Herr Dieter Simon	CDU
Herr Tim Soller	CDU
Frau Marlies Stieneker	SPD
Herr Frank Sundermann	SPD
Herr Albert Üffing	UWG
Herr Dr. Werner Üffing	CDU
Herr Niklas van Stein	CDU
Herr Hartmut Voigt	UWG
Frau Gabriele Weckenbrock	SPD
Frau Silke Wellmeier	GRÜNE
Herr Norbert Wessling	CDU

Verwaltungsmitglieder

Herr Dr. Martin Sommer	Landrat, Vorsitzender
Herr Peter Freitag	Kreisdirektor
Frau Roswitha Reckels	Dezernentin II
Herr Carsten Rehers	Dezernent III
Herr Dr. Karlheinz Fuchs	Dezernent IV
Herr Thomas Ostholthoff	Leiter Haupt- und Personalamt
Herr Christian Termathe	Kämmerer, Leiter Kämmerei
Frau Sabine Stüker	Schriftführerin, Büro des Landrates
Herr Matthias Hewing	Büro des Landrates

Abwesende Mitglieder:

Kreistagsmitglieder

Frau Silke Eisenrichter	CDU
Herr Florian Elixmann	AfD
Frau Silvia Halstenberg	LINKE
Frau Kathrin Horre	GRÜNE
Herr Fabian Löcken	SPD
Herr Matthias Schade	AfD

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

1. Feststellung der Niederschrift über die KT-Sitzung vom 16.04.2026 und den öffentlichen Teil der KT-Sitzung vom 11.05.2026
2. Einwohnerfragestunde (§ 11 der Geschäftsordnung für den Kreistag)
3. Rücknahme des Beschlusses zur "Trierer Erklärung" vom 18.03.2024 - Wiederherstellung einer faktenbasierten Beschlusslage nach den Urteilen des Landgerichts Berlin II - Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 03.05.2026
4. Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Leistungen des Rettungsdienstes im Kreis Steinfurt
Vorlage: B 098/2026
5. Finanzzwischenbericht II. Quartal 2026 und Bericht zur Haushaltssperre
Vorlage: I 074/2026
 - 5.1. Bericht des Kämmerers
 - 5.2. Antrag/Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 26.05.2026; Auskunft zu den beabsichtigten Einsparungen
 - 5.3. Antrag der CDU-Fraktion vom 16.06.2026; Vergabe des Kulturpreises im Jahr 2026
 - 5.4. Antrag/Anfrage der SPD-Fraktion vom 25.06.2025; Transparenz über Maßnahmen im Rahmen der Haushaltssperre
6. Vorstellung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung des Kommunalen Integrationsmanagements
Vorlage: B 092/2026

7. Beitritt Kreis Steinfurt: "Kommunen-Netzwerk: engagiert in NRW" - Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 01.06.2026 -
Vorlage: B 099/2026
8. Satzung für das Jugendamt des Kreises Steinfurt
Vorlage: B 066/2026
9. Umsetzung des Modellprojektes "infrastrukturelle Bildungsassistenz" an Grundschulen
Vorlage: B 072/2026
10. Weiterentwicklung der Strukturen des NWL (Trägerwechsel und Satzungsänderung)
Vorlage: B 083/2026
11. Stellungnahme des Kreises Steinfurt zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans des Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL)
Vorlage: B 081/2026
12. Änderung der Satzung des Zweckverbandes Mobilität Münsterland (ZVM)
Vorlage: B 084/2026
13. Fortführung des Deutschlandtickets ab 2027
Vorlage: B 085/2026
14. Tarifmaßnahme zum 01.04.2027 im WestfalenTarif
Vorlage: B 082/2026
15. Anpassung der Ticketvarianten für das MobiTicket im Hinblick auf die Westfalen Tarifreform zum 1. April 2027
Vorlage: B 095/2026
16. K 11; Tecklenburg, Radweg Niederdorf III. BA Mehrkosten
Vorlage: B 065/2026
17. Informationen
- 17.1. Änderung der Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung des Kreises Steinfurt
Vorlage: I 073/2026
18. Anfragen

B. Nichtöffentliche Sitzung

19. Feststellung der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der KT-Sitzung vom 11.05.2026
20. Übernahme von Kosten in Folge der Schließung von Kindertageseinrichtungen
Vorlage: B 071/2026
21. Grundstücksangelegenheiten;
Erwerb von Grundstücksflächen / Tauschflächen für den IV. Bauabschnitt des Radweges an der Alten Bockradener Str. in Ibbenbüren – K 39
Vorlage: B 100/2026
22. Veröffentlichung von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen
23. Informationen
24. Anfragen

Herr Dr. Sommer (Landrat) eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung des Kreistages mit dem Hinweis, dass Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung im Amtsblatt des Kreises Steinfurt Nr. 35/2026 vom 07.07.2026 öffentlich bekannt gemacht wurden.

Er erklärt, dass der Ton der heutigen Sitzung aufgezeichnet und entsprechend § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kreistages verwendet werde, um die Erstellung der Niederschrift zu erleichtern. Der Mitschnitt des öffentlichen Teils der heutigen Sitzung werde zudem verwendet, um eine KI-gestützte Protokollierung mit Hilfe der datenschutzkonformen Transkriptionssoftware „SpeechMind zu ermöglichen (§ 20 Abs. 5 GeschO).

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, darunter die Vertretung der Presse, Mitglieder der Verwaltung sowie die Zuhörenden.

Die Damen und Herren Mitglieder des Kreistages seien mit E-Mail vom 02.07.2026 ordnungsgemäß zu dieser Sitzung eingeladen worden; weitere Unterlagen und Informationen seien am 07. und 08.07.2026 nachgereicht worden.

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages unter Hinweis auf die Anwesenheitslisten fest.

Sodann wird die Tagesordnung wie folgt erledigt.

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Niederschrift über die KT-Sitzung vom 16.04.2026 und den öffentlichen Teil der KT-Sitzung vom 11.05.2026

Der Vorsitzende berichtet, Herr Ostermann (fraktionslos) habe im Vorfeld der Sitzung angemerkt, dass bei TOP 3 der Niederschrift vom 11.05.2026 „Umbesetzung von Gremien“ die Aussage „einstimmig“ sowie das Abstimmungsergebnis nicht richtig wiedergegeben sei.

Dieser Hinweis sei zutreffend, im Kreistagsinformationssystem sei das richtige Ergebnis erfasst: mehrheitlich zugestimmt - mit 67 JA und 1 NEIN- Stimmen.

Ein entsprechender Hinweis werde in der Niederschrift der Kreistagssitzung vom 11.05.2026 vermerkt.

Des Weiteren werden keine Einwendungen gegen Form und Inhalt der Niederschriften erhoben.

2. Einwohnerfragestunde (§ 11 der Geschäftsordnung für den Kreistag)

Es liegen keine Anfragen vor.

3. Rücknahme des Beschlusses zur "Trierer Erklärung" vom 18.03.2024 - Wiederherstellung einer faktenbasierten Beschlusslage nach den Urteilen des Landgerichts Berlin II - Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 03.05.2026

Herr Schneider (AfD) erläutert den Antrag seiner Fraktion entsprechend der schriftlichen Begründung. Damit werde die Aufhebung des Kreistagsbeschlusses vom 18.03.2024 gefordert, der auf inzwischen gerichtlich widerlegten Tatsachen beruhe. Darüber hinaus sehe man einen Verstoß gegen das Neutralitätsgebot der Verwaltung: Der Landrat habe in der Pressemitteilung die gerichtlich untersagte Deutung übernommen und dem Beschluss institutionelle Autorität verliehen.

Herr Grützner (FDP) erläutert die Ablehnung des AfD-Antrags durch seine Fraktion. Er räumt ein, dass die Recherche möglicherweise nicht journalistischen Standards entsprochen habe, betont aber, die Trierer Erklärung beschreibe einen wichtigen kommunalen Grundkonsens über das Zusammenleben unterschiedlicher Menschen und sei deshalb weiterhin tragfähig. Er bekräftigt, politische Meinungsverschiedenheiten zu Migration und Asyl seien zulässig, ihre Grenze liege bei Menschenverachtung und Angriffen auf Menschenwürde, Demokratie oder Rechtsstaat. Er moniert, dass sich AfD-Vertreter nicht von den kolportierten Inhalten der Potsdamer Konferenz distanziert hätten und fordert erneut eine Distanzierung.

Herr Dr. Sommer (Landrat) nimmt zum Vorwurf der mangelnden Neutralität Stellung:

In der Pressemitteilung habe er erklärt, dass der Kreistagsbeschluss Demonstrationen gegen Spaltung und für eine solidarische, demokratische Gesellschaft unterstütze und der Beschluss ein Zeichen sei für eine „bunte Gesellschaft“. Er habe betont, dass jede Form des Extremismus eine Gefahr für die Demokratie darstelle. Verständnis zu fördern und Vorurteile abzubauen, sei entscheidend, um jedem Extremismus entgegenzuwirken und um die freiheitliche demokratische Grundordnung zu bewahren. Dies habe er seinerzeit geäußert und stehe unverändert dazu. Er könne daher den Vorwurf mangelnder Neutralität nicht nachvollziehen.

Der Vorsitzende lässt über die Punkte 1 bis 3 des Beschlussvorschlages en bloc abstimmen.

Beschlussvorschlag (Beschlussvorschlag der AfD-Kreistagsfraktion)

1. Der Kreistag distanziert sich von seinem Beschluss vom 18.03.2024 (Vorlage B 055/2024) zur Unterstützung der sogenannten „Trierer Erklärung“ und nimmt diesen hiermit formal zurück.
2. Der Kreistag stellt fest, dass die wesentlichen inhaltlichen Annahmen, die zu diesem Beschluss führten – namentlich die Berichterstattung des Netzwerks „Correctiv“ über angebliche massenhafte Ausweisungs- und Deportationspläne durch gerichtliche Entscheidungen als unwahre Tatsachenbehauptungen und unzulässige Bewertungen untersagt wurden.
3. Der Landrat Dr. Martin Sommer wird aufgefordert, in einer offiziellen Pressemitteilung klarzustellen, dass der Kreis Steinfurt bei seiner Positionierung in der Pressemitteilung Nr. 100 vom 22.03.2024 einer fehlerhaften Berichterstattung vertraut hat, und die Neutralitäts- und Sachlichkeitspflicht der Verwaltung künftig sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja:	5
Nein:	64
Enthaltung:	0

4. Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Leistungen des Rettungsdienstes im Kreis Steinfurt Vorlage: B 098/2026

Herr Dr. Sommer (Landrat) verweist darauf, dass der Sachverhalt bereits in der Sondersitzung des Kreistages ausführlich erläutert worden sei. Er betont, sehr froh darüber zu sein, dass nach intensiven Verhandlungen und Gesprächen ein Kompromiss erzielt werden konnte. Dieser führe im Ergebnis dazu, dass sich die Bürgerinnen und Bürger auch künftig keine Sorgen machen müssten, nach einem Notruf im Nachgang mit den Krankenkassen über die Kostenübernahme streiten zu müssen. Er hebt hervor, dass sowohl der Kreis Steinfurt als auch die Krankenkassen diese Situation hätten vermeiden wollen und dass die nun gefundene Einigung diesem Ziel entspreche.

Er bewertet das Verhandlungsergebnis als einen sehr guten Kompromiss auch für den Kreis Steinfurt. Er betont, dass es darum gehe, vernünftige Lösungen für die Menschen im Kreis Steinfurt zu erreichen; dies sei mit der vorliegenden Lösung gelungen, die im Übrigen auch ökonomisch sinnvoll sei.

Der Vorsitzende dankt den Mitarbeitenden der Verwaltung, die in den vergangenen Wochen und Monaten mit erheblichem Arbeits- und Krafteinsatz an dem Ergebnis gearbeitet hätten. Darüber hinaus dankt er den politischen Gremien für die gezeigte Geschlossenheit. Diese sei eine wichtige Voraussetzung dafür gewesen, dass am Ende ein gutes Ergebnis im Interesse der Bürgerinnen und Bürger habe erzielt werden können.

Beschluss

1. Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Leistungen des Rettungsdienstes im Kreis Steinfurt wird in der Fassung beschlossen, wie sie als Anlage 1 zur Vorlage B 098/2026 beigefügt ist.
Die Satzung tritt rückwirkend zum 05.11.2025 in Kraft.
2. Dem in Anlage 4 zur B 098/2026 dargestellten Kompromiss wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Ja:	69
Nein:	0
Enthaltung:	0

5. Finanzausgabenbericht II. Quartal 2026 und Bericht zur Haushaltssperre Vorlage: I 074/2026

5.1. Bericht des Kämmerers

Herr Termathe (Kämmerer) verweist auf den vorliegenden Finanzausgabenbericht, der zur Jahresmitte naturgemäß noch mit erheblichen Unsicherheiten behaftet sei. Unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderung der Gebührensatzung sowie der derzeit für das Jahresende prognostizierten weiteren Entwicklung werde für das Haushaltsjahr 2026 aktuell ein Defizit von rund 1 Mio. Euro erwartet. Dieses Defizit sei überschaubar; gleichwohl müsse die weitere Entwicklung des Jahres abgewartet werden, da noch zusätzliche Belastungen eintreten könnten.

In der der Vorlage beigefügten Tabelle sei eine weitere Spalte aufgenommen worden, aus der hervorgehe, welche Effekte auf die am 17.04.2026 angeordnete Haushaltssperre zurückzuführen seien. Hieraus werde deutlich, in welchem Umfang sich die eingeleiteten Sparmaßnahmen bereits auswirkten. Es komme nun darauf an, in den Sparanstrengungen konsequent zu bleiben, damit die derzeit noch prognostizierten Verschlechterungen bis zum Jahresende möglichst aufgefangen werden könnten. Er habe in den Fachämtern, den Facheinheiten und bei den

einzelnen Produktverantwortlichen einen erheblichen Einsatz und großes Verantwortungsbewusstsein festgestellt; dort werde intensiv darüber nachgedacht, wie Einsparungen erzielt, Verbesserungen erreicht und Prozesse optimiert werden könnten.

Zugleich weist Herr Termathe (Kämmerer) darauf hin, dass er die Haushaltssperre nach dem heutigen Beschluss zu den Rettungsdienstgebühren aufheben werde, sodass der Haushaltsplan weitgehend in die Umsetzung gelangen könne.

Herr Effing (CDU) weist auf einen Fehler beim Produkt 111 0 51 hin, der Auswirkungen auf das ausgewiesene Ergebnis habe. Herr Termathe (Kämmerer) bestätigt dies, weist aber zugleich darauf hin, dass auf der Gegenseite bei anderen Produkten noch potenzielle Verbesserungen bestünden, die bislang noch nicht in die Planung eingestellt seien. Z. B. seien im Bereich Verkehrsentwicklung, Mobilität und ÖPNV in den aktuellen Ansätzen mögliche Erträge in Höhe von rund 1 Mio. Euro noch nicht enthalten. Der momentane Stand unterliege fortlaufenden Veränderungen und bilde derzeit lediglich eine Leitlinie, an der sich die weitere Einschätzung orientiere. Im weiteren Verlauf seien sowohl Verbesserungen als auch Verschlechterungen möglich. Vor diesem Hintergrund könne die Verwaltung gegenwärtig noch nicht abschließend auf das genannte Ergebnis festgelegt werden.

Herr Middendorf (SPD) erinnert an den von der SPD-Fraktion eingebrachten globalen Minderaufwand und äußert, zahlreiche nun der Haushaltssperre zugeschriebene Verbesserungen entsprächen inhaltlich diesem Ansatz. Er fragt nach den Auswirkungen der Haushaltssperre auf den beschlossenen Haushalt, weil nunmehr bereits das halbe Haushaltsjahr verstrichen sei.

Herr Termathe (Kämmerer) erläutert, viele Maßnahmen seien infolge der Haushaltssperre nach hinten geschoben worden, insbesondere in der Gebäudewirtschaft. Einige Maßnahmen würden dadurch wohl in das nächste Jahr verlagert. Pauschal könne jedoch nicht gesagt werden, ob etwas nachgeholt oder verschoben werde; dies müsse je Maßnahme einzeln beurteilt werden. Viele Ämter hätten zudem bei den flexiblen Mitteln gekürzt. Sein Appell an die Fachämter sei, nun nicht alles nachzuholen. Grundsätzlich gelte aber, dass der Haushaltsplan genehmigt sei und umgesetzt werden könne. Bestehende Strukturen sowie Förderprogramme und Fördermittel seien durch die Haushaltssperre bewusst nicht gefährdet worden. Herr Dr. Sommer (Landrat) ergänzt, dass insbesondere bei der Förderung des Ehrenamtes Verwaltung und Kämmerer sich einig gewesen seien, mit Augenmaß vorzugehen. Dort werde mit kleinen Beträgen viel erreicht; dort zu sparen, sei problematisch.

Herr Middendorf (SPD) entgegnet, aus dem fortgesetzten Sparappell des Kämmerers leite er ab, dass es hilfreich sein könne, wenn die Politik bestimmte Projekte erneut per Antrag aufgreife.

Herr Termathe bestätigt dies, wenn politisch nicht gewollt sei, dass Einsparungen in bestimmten Bereichen realisiert werden.

Herr Sommer (Landrat) widerspricht dem Vergleich mit dem globalen Minderaufwand. Die nun dargestellten Einsparungen seien konkret benannt. Der globale Minderaufwand bleibe hingegen vage, weil konkrete Einsparungen offenblieben.

Herr Neumann (GRÜNE) weist darauf hin, dass verschobene Baumaßnahmen wegen der Kostensteigerungen künftig teurer würden.

**5.2. Antrag/Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 26.05.2026;
Auskunft zu den beabsichtigten Einsparungen**

Frau Schuchtmann-Fehmer (GRÜNE) erklärt, die erbetene Auskunft sei im Grunde durch die Vorlage und das Vorgesagte bereits erteilt worden. Die Fraktion werde die Unterlagen prüfen und gegebenenfalls weitere Anträge stellen.

**5.3. Antrag der CDU-Fraktion vom 16.06.2026; Vergabe des Kulturpreises
im Jahr 2026**

Frau Raffel (CDU) erklärt, dass die Haushaltssperre auch politisch gewollte und beschlossene Positionen betroffen habe. Mit der Aufhebung der Haushaltssperre sei daher auch zu prüfen, wie der Kulturpreis in diesem Jahr noch vergeben werden könne, da hierfür Vorlauf und Vorbereitung erforderlich seien.

Frau Reckels (Dezernentin II) erläutert, es sei in Absprache mit dem Kämmerer vereinbart worden, den Preis auszuschreiben, sobald die Haushaltssperre aufgehoben sei. Zunächst solle aber die Ausschreibungsfrist für den Heimatpreis abgewartet werden; anschließend werde der Kulturpreis auf den Weg gebracht.

**5.4. Antrag/Anfrage der SPD-Fraktion vom 25.06.2025; Transparenz über
Maßnahmen im Rahmen der Haushaltssperre**

Herr Middendorf (SPD) erklärt unter Verweis auf die unter TOP 5.1. gemachten Ausführungen eine weitere Erörterung für unnötig.

**6. Vorstellung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung des
Kommunalen Integrationsmanagements
Vorlage: B 092/2026**

Beschluss

Der Bericht zum Prüfauftrag des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM) wird zur Kenntnis genommen. Dieser stellt aus Sicht der Organisationsberatung das Optimierungspotenzial des KIM – insbesondere mit Blick auf die Struktur des Case Managements unter Beteiligung der kreisangehörigen Kommunen, des Amtes für Zuwanderung, Aufenthalt und Einbürgerung sowie des Jobcenters – dar.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Empfehlung des Berichtes sukzessive umzusetzen.

Über den Fortgang der Umsetzung wird die Verwaltung regelmäßig berichten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Ja:	63
Nein:	5
Enthaltung:	0

- 7. Beitritt Kreis Steinfurt: "Kommunen-Netzwerk: engagiert in NRW" - Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 01.06.2026 - Vorlage: B 099/2026**
-

Beschluss

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Kreis Steinfurt die Mitgliedschaft im „Kommunen-Netzwerk: engagiert in NRW“ zu beantragen und sich aktiv an der Weiterentwicklung des Netzwerkes zu beteiligen. Auf den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 01.06.2026 wird Bezug genommen (Anlage 1 zur B 099/2026).
2. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass ein Beitritt gemäß den derzeitigen Rahmenbedingungen im Kreis Steinfurt – wie von der antragstellenden Fraktion angenommen – möglich ist.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Ja:	61
Nein:	5
Enthaltung:	2

- 8. Satzung für das Jugendamt des Kreises Steinfurt
Vorlage: B 066/2026**
-

Beschluss

Die Neufassung der Satzung für das Jugendamt des Kreises Steinfurt wird in der Fassung beschlossen, wie sie als Anlage 1 der Vorlage B 066/2026 beigelegt ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Ja:	67
Nein:	0
Enthaltung:	0

9. Umsetzung des Modellprojektes "infrastrukturelle Bildungsassistenz" an Grundschulen
Vorlage: B 072/2026

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den beteiligten Akteuren die „infrastrukturelle Bildungsassistenz“ an Grundschulen in den Städten Ochtrup, Steinfurt, Tecklenburg und Lengerich ab dem Schuljahr 2026/27 als Modell-Projekt umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Ja:	64
Nein:	5
Enthaltung:	0

10. Weiterentwicklung der Strukturen des NWL (Trägerwechsel und Satzungsänderung)
Vorlage: B 083/2026

Beschluss

I.

1. Der Kreistag des Kreises Steinfurt beschließt die Satzung des Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) mit dem aus der Anlage 1 zur B 083/2026 ersichtlichen Inhalt.
2. Der Kreistag des Kreises Steinfurt beschließt den Eintritt des Kreises Steinfurt als Mitglied des NWL zum 01.10.2026 und beauftragt den Landrat, gegenüber dem NWL den Eintritt des Kreises Steinfurt zum 01.10.2026 zu erklären.
3. Der Kreistag des Kreises Steinfurt weist seine in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Mobilität Münsterland (ZVM) entsandten Vertreter an, dass diese in der Verbandsversammlung des ZVM dem Beschluss der Änderung der Satzung des NWL in der Verbandsversammlung des NWL mit dem aus der Anlage 1 zur B 083/2026 ersichtlichen Inhalt zustimmen.

II.

1. Der Kreistag des Kreises Steinfurt weist seine in die Verbandsversammlung des ZVM entsandten Vertreter an, dass diese in der Verbandsversammlung des ZVM dem Ausscheiden des ZVM aus dem NWL zum 01.10.2026 zustimmen.
2. Der Kreistag des Kreises Steinfurt weist seine in die Verbandsversammlung des ZVM entsandten Vertreter an, die in die Verbandsversammlung des NWL entsandten Vertreter des ZVM anzuweisen, dass diese in der Verbandsversammlung des NWL dem Beschluss der Änderung der Satzung des

NWL mit dem aus der Anlage 1 zur B 083/2026 ersichtlichen Inhalt zustimmen.

3. Der Kreistag des Kreises Steinfurt weist seine in die Verbandsversammlung des ZVM entsandten Vertreter an, den Vorstandsvorsteher des ZVM zu beauftragen, gegenüber dem NWL das Ausscheiden des ZVM aus dem NWL zum 01.10.2026 zu erklären.
4. Haben die in die Verbandsversammlung des ZVM entsandten Vertreter des Kreises Steinfurt die Erklärungen zu 1 bis 4 bereits vor einer Anweisung durch den Kreistag des Kreises Steinfurt abgegeben, genehmigt der Kreistag mit dem vorliegenden Beschluss diese Erklärungen.

III.

Der Kreistag des Kreises Steinfurt entsendet als Vertreter in die Verbandsversammlung des NWL:

Name, Vorname	Funktion bzw. Fraktion
1. Rehers, Carsten	Verwaltung
2. Kösters, Karl	CDU
3. Böwer, August	CDU
4. Hegerfeld-Reckert, Anneli	SPD
5. Bamming, Mirko	Bündnis 90/Die Grünen

Stellvertretung:

Name, Vorname	Funktion bzw. Fraktion
1. Schneiders, Udo	Verwaltung
2. Krabbe, Ingo	CDU
3. Diekmann, Rudolf	CDU
4. Sundermann, Frank	SPD
5. Kampling, Wiltrud	Bündnis 90/Die Grünen

Dieser Entsendungsbeschluss wird wirksam mit dem Inkrafttreten der Satzung des NWL mit dem aus der Anlage 1 zur B 083/2026 ersichtlichen Inhalt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Ja:	68
Nein:	0
Enthaltung:	0

**11. Stellungnahme des Kreises Steinfurt zur Fortschreibung des
Nahverkehrsplans des Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe
(NWL)
Vorlage: B 081/2026**

Beschluss

Der Kreistag stimmt der als Anlage 1 der B 081/2026 beigefügten Stellungnahme des Kreises Steinfurt zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans des Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) zu. Die im Mai 2026 von der Verwaltung an den NWL übermittelte Stellungnahme erfolgte vorbehaltlich der Zustimmung des Kreistages. Der Kreistag räumt diesen Vorbehalt aus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Ja:	68
Nein:	0
Enthaltung:	0

**12. Änderung der Satzung des Zweckverbands Mobilität Münsterland
(ZVM)
Vorlage: B 084/2026**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass über die Satzungsänderung letztlich die Verbandsversammlung des ZVM entscheide. Die in der Vorlage aufgeführten Beschlussvorschläge 1 - 3 seien somit als Auftrag an die in die Verbandsversammlung entsandten Mitglieder des Kreises Steinfurt anzusehen, den entsprechenden Beschlussvorschlägen in der Sitzung der Zweckverbandsversammlung zuzustimmen.

Beschluss

1. Der Kreistag beschließt die Änderung der Satzung des Zweckverbands Mobilität Münsterland (ZVM), wie aus der Anlage 1 zur B 084/2026 ersichtlich.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Genehmigung der Satzung bei der Bezirksregierung Münster zu beantragen.
3. Etwaigen Änderungen an der Satzung, die sich im Rahmen des Anzeigeverfahrens bei der Bezirksregierung nach § 115 GO NRW ergeben, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Ja:	69
Nein:	0
Enthaltung:	0

13. Fortführung des Deutschlandtickets ab 2027

Vorlage: B 085/2026

Beschluss

1. Das Deutschlandticket wird über das Jahr 2026 hinaus bis auf Weiteres anerkannt und als Höchsttarif festgelegt. Die Fortführung erfolgt vorbehaltlich einer auskömmlichen Finanzierung durch den Bund und das Land NRW. Sollte die Finanzierung ganz oder teilweise entfallen oder sich die zugrunde liegenden Finanzierungsbedingungen wesentlich ändern, sodass eine auskömmliche Finanzierung nicht mehr gewährleistet ist, kann die Allgemeine Vorschrift aufgehoben und die damit verbundene Pflicht zur Anerkennung des Deutschlandtickets mit einer angemessenen Ankündigungsfrist außer Kraft gesetzt werden.
2. Die derzeit gültige „Allgemeine Vorschrift im Sinne von Art. 3 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Kreises Steinfurt über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif im allgemeinen ÖPNV vom 17.12.2025“ ist als Anlage 1 der B 085/2026 beigefügt und tritt mit Ablauf des 31.12.2026 außer Kraft. Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, nach Vorliegen der im weiteren Jahresverlauf erwarteten Erstattungsrichtlinien des Landes NRW für den Zeitraum ab dem Jahr 2027 eine überarbeitete Allgemeine Vorschrift zur Fortführung des Deutschlandtickets zu erarbeiten und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Die Vertreterinnen und Vertreter des Kreises Steinfurt werden mandatiert, in den Beschlussgremien der Tarifgemeinschaft Münsterland / Ruhr-Lippe und des WestfalenTarifes die zur Fortführung bzw. Beendigung des Deutschlandtickets notwendigen Beschlüsse zu fassen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Ja:	64
Nein:	5
Enthaltung:	0

14. Tarifmaßnahme zum 01.04.2027 im WestfalenTarif

Vorlage: B 082/2026

Herr Middendorf (SPD) stellt für seine Fraktion erneut den Antrag, die Preisfortschreibung auf maximal 3,7 % zu begrenzen. Nach der zitierten Auffassung der Experten sei dieses ausreichend. Zudem sei eine Einigkeit auf Münsterlandebene ohnehin nicht gegeben, weil der Kreis Coesfeld an diese Expertenschätzung gebunden sei. Im Hinblick auf die Nutzenden des Tarifes müsse man an der Obergrenze von 3,7 % Erhöhung festhalten. Zwar könnten verschiedene

Eventualitäten, etwa hohe Kraftstoffpreise, angeführt werden; gleichwohl seien die zuständigen Expertinnen und Experten trotz deren Berücksichtigung zu ihrer Empfehlung gelangt.

Herr Neumann (GRÜNE) legt dar, seine Fraktion stehe grundsätzlich für einen möglichst kostengünstigen beziehungsweise kostenfreien ÖPNV, jedoch müsse das System finanziell tragfähig ausgestaltet sein. Die vorgeschlagenen 4 % an maximaler Preisfortschreibung würden als Sicherheitspuffer verstanden, da das Verfahren sehr langwierig sei und durch zahlreiche Gremien laufe. Sollte es zu Abweichungen kommen und der Wert am Ende beispielsweise bei 3,8 % liegen, müsste das Verfahren erneut durchlaufen werden, was weitere sechs bis sieben Monate in Anspruch nehmen und zusätzliche Kosten verursachen würde. Deshalb trage man die vorgeschlagene Preisfortschreibung bis 4 % mit.

Herr Rehers (Dezernent III) ergänzt, die Preisfortschreibung bis 4 % sei ebenfalls von Expertinnen und Experten ermittelt und nicht willkürlich festgesetzt, sondern lediglich an die aktuelle Entwicklung angepasst worden. Innerhalb des maßgeblichen Zeitfensters hätten sich die Preise weiter nach oben bewegt. Zur Veranschaulichung verweist er auf gestiegene Kraftstoffpreise sowie auf Gespräche mit örtlichen Verkehrsunternehmen, die auf erhebliche Belastungen hingewiesen hätten.

Herr Kümpfer (LINKE) erklärt, seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zustimmen. Der bereits als Antrag eingebrachte Vorschlag für vergünstigte Tickets sei mit kalkulierten Mehrkosten von 1 bis 2 Mio. Euro praktikabel. Hierfür stünden ebenfalls Mittel zur Verfügung. Deshalb plädiere man dafür, nicht am Angebot zu sparen und die Kostenerhöhungen nicht auf die Verbraucherinnen und Verbraucher umzulegen. Seine Fraktion fordere daher, bei den ursprünglichen Preisen zu bleiben.

Der Vorsitzende lässt zunächst über den **Änderungsantrag** der SPD-Kreistagsfraktion abstimmen, die Preisfortschreibung auf maximal 3,7 % zu begrenzen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja:	16
Nein:	50
Enthaltung:	3

Beschluss

Die Vertreterinnen bzw. Vertreter des Kreises Steinfurt werden beauftragt, in den Beschlussgremien des WestfalenTarifes einer Preisfortschreibung zum 01.04.2027 in der Höhe von maximal 4,0 % zuzustimmen. Das Erfordernis ergibt sich aus der Vermeidung einer finanziellen Belastung des Aufgabenträgers.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Ja:	60
Nein:	9
Enthaltung:	0

15. Anpassung der Ticketvarianten für das MobiTicket im Hinblick auf die Westfalen Tarifreform zum 1. April 2027 Vorlage: B 095/2026

Beschluss

Der Kreistag beschließt die Anpassung des MobiTicket-Sortiments des Kreises Steinfurt an die Tarifreform des WestfalenTarifs zum 01.04.2027 entsprechend der in der Vorlage dargestellten Ticket- und Preisstruktur. Das Deutschlandticket als MobiTicket wird unverändert fortgeführt. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung beauftragt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Ja:	69
Nein:	0
Enthaltung:	0

16. K 11; Tecklenburg, Radweg Niederdorf III. BA Mehrkosten Vorlage: B 065/2026

Herr Rehers (Dezernent III) berichtet, dass die Fragen der FDP-Fraktion zum Umgang mit der PAK-Belastung zwischenzeitlich ausgeräumt wurden.

Beschluss

1. Die Kosten der Baumaßnahme „K 11; Tecklenburg, Radweg Niederdorf, III. BA“ belaufen sich nach einer aktuellen Kostenberechnung auf insgesamt 5,950 Mio. Euro. Der Weiterführung des Projektes unter Berücksichtigung der Mehrkosten i. H. v. 2,700 Mio. Euro wird zugestimmt.
2. Unter der Investitionsnummer I.66.RK113 „K 11; Tecklenburg, Radweg Niederdorf III. BA“ wird eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung von 2,700 Mio. Euro genehmigt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Ja:	62
Nein:	5
Enthaltung:	0

17. Informationen

17.1. Änderung der Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung des Kreises Steinfurt Vorlage: I 073/2026

Herr Termathe (Kämmerer) erläutert die schriftlich vorliegende Information.

Herr Himmelreich (SPD) erklärt, er habe insbesondere die Regelungen zu Stundung und Erlass in Härtefällen nochmals geprüft, da diese bereits im Zusammenhang mit den Bescheiden zu den Rettungsdienstgebühren erörtert worden seien. Im Hinblick auf § 39 zur Verzinsung gestundeter Forderungen führt er aus, dort werde auf § 238 AO verwiesen und zugleich ein Zinssatz von 0,5 % pro Monat genannt. Dieser sei nicht mehr zutreffend, weil diese Vorschrift infolge eines Urteils geändert worden sei und der Zinssatz nunmehr 0,15 % pro Monat betrage. Herr Termathe dankt für den Hinweis; die entsprechende Anpassung werde noch vorgenommen.

18. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Nichtöffentlicher Teil

[...]

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 18:10 Uhr.

gez. Dr. Martin Sommer

Landrat

gez. Sabine Stüker

Protokollführerin